



Wolfsbestand muss reguliert werden - Jagd ermöglichen *CDU/CSU-Antrag im Bundestag fordert aktives Bestandsmanagement und wolfsfreie Zonen*

In manchen Gegenden Deutschlands ist der Wolf ein Problem für das Sicherheitsverständnis der Bürgerinnen und Bürger. Daher fordert die CDU/CSU-Bundestagsfraktion in ihrem Antrag „Ausgewogene Balance zwischen dem Schutz von Mensch und Tier sowie dem Artenschutz herstellen – Bejagung des Wolfes im Rahmen eines Bestandsmanagements ermöglichen“ die Aufnahme des Wolfes ins Bundesjagdgesetz. Wolfsfreie Zonen sollen demnach insbesondere an Deichen und in besonderen Höhenlagen eingerichtet werden. „Allein 2020 wurden rund 4000 Weidetiere getötet – überwiegend Schafe, aber auch Rinder und Pferde. Die bisherigen Präventionsmaßnahmen, wie der Aufbau von Schutzzäunen, und Änderungen des Bundesnaturschutzgesetzes bringen nicht die gewünschten Erfolge. Das berichten mir immer wieder Betroffene, die hier oben bei uns an der Küste ihre Weiden und Tiere nicht gut genug schützen können“, so die CDU-Bundestagabgeordnete Anne Janssen.

EU-Länder wie Frankreich, Schweden oder Finnland gingen einen anderen Weg, so Janssen. Wenn ein günstiger Erhaltungszustand erreicht sei, würden Wölfe dort unter bestimmten Voraussetzungen bejagt. So definiere Schweden etwa eine Untergrenze für die Population der Wölfe. „Die Bundesregierung ist dazu jedoch nicht bereit. Artenschutz ist wichtig, aber er benötigt auch die erforderliche Akzeptanz in der Bevölkerung“, so die Abgeordnete.

In Deutschland gibt es aktuell mehr als 2000 Wölfe, die Bestände wachsen jährlich um rund 30 Prozent. Vielerorts sei die Weidetierhaltung bereits ernsthaft bedroht. „Manche Betriebe überlegen, ob sie unter den aktuellen Bedingungen aufgeben müssen. Dabei geht es ganz klar nicht darum, den Wolf aus unseren Wäldern komplett zu entfernen!“, betont Anne Janssen. „Es geht darum, den Bestand wie bei jeder anderen Wildtierart zu regeln.“ Nur mit einem aktiven Wolfsbestandsmanagement könnten die berechtigten Interessen der Bevölkerung, der Weidetierhalter und des Artenschutzes unter einen Hut gebracht werden.